

HTW Chur

Zentrum für
wirtschaftspolitische Forschung



Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung

Jahresbericht

Ausgabe 2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Porträt Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung	4
Das ZWF Team 2016	5
Angewandte Forschung und Entwicklung	7
Lehre und Weiterbildung	22
Wissenstransfer	24
Publikationen	30
Vorträge, Präsentationen und Poster	32
Förderkreis für Wirtschaftspolitik	34
Kontakt	35

Vorwort

2016 im Rückspiegel

Nach Jahren, die durch einen steten Wandel geprägt waren, kann 2016 als erstes Jahr der Konsolidierung des Zentrums für wirtschaftspolitische Forschung (ZWF) bezeichnet werden. So konnte die durch den Tod von Silvia Simon im Vorjahr entstandene Vakanz durch Andreas Nicklisch auf das Herbstsemester hin mit einer kompetenten Person gefüllt werden. Insgesamt beschäftigt das ZWF nun 12 Mitarbeitende mit knapp 1000-Stellenprozent sowie drei externe Lehrbeauftragte. Auf diese Weise war es uns möglich unser Angebot in Lehre und Weiterbildung, wo immer neue Herausforderungen auf uns zukommen, auf qualitativ hohem Niveau bereitzustellen und weiterzuentwickeln.

Mit dem KTI-Projekt zu den alternden Arbeitskräften („Ageing Workforce“) und dem Nationalfondsprojekt zur Zukunft der Schweizer Wasserkraft („HP Future“) konnten grössere, mehrjährige Projekte mit nationaler Ausstrahlung und externen Partnern bearbeitet werden. Aber auch die kleineren Projekte über die Auswirkungen der Masseneinwanderungsinitiative sowie im Bereich Gesundheit haben ihren Teil zur medialen Wahrnehmung des ZWF beigetragen, genauso wie die Masterarbeit zum Thema „Swissness“ von Katrin Dinner-Zogg. Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeitenden des ZWF sowie allen externen Kolleginnen und Kollegen und Partnern, die zu diesen Erfolgen beigetragen und uns ihr Vertrauen entgegen gebracht haben, meinen herzlichen Dank aussprechen.

Die Veranstaltungs-Saison 2016 des ZWF fand bereits Mitte Januar mit der Podiumsdiskussion zur Landwirtschaftspolitik ihren Start. Im Juni stand dann am Gesprächskreis zur Wirtschaftspolitik die Beziehung der Schweiz zur EU, insbesondere die Frage um den Marktzugang von Schweizer Unternehmen in den europäischen Raum im Vordergrund. Für beide Anlässe konnten hochkarätige Referenten und Podiumsteilnehmern gewonnen werden, was zu interessanten und auch ausserhalb der HTW Chur wahrgenommenen Diskussionen führte. Der letzte öffentliche ZWF-Anlass des Jahres war der Vortrag von Andreas Nicklisch im Rahmen des zusammen mit dem Liechtenstein Institut durchgeführten Wirtschaftspolitischen Seminar Alpenrhein. Auf diese Weise konnten wir einem breiteren Publikum unseren neuen Kollegen vorstellen und uns zugleich in verhaltensökonomischen Fragen weiterbilden, eine Kompetenz, welche wir durch unsere Neuverpflichtung hinzugewinnen konnten.

Vor diesem Hintergrund lasse ich den Blick von Rückspiegel weg in die Zukunft schweifen und schaue zuversichtlich vorwärts und auf die Projekte und Aufgaben, welche wir bereits angegangen sind und die noch auf uns warten.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und eine gute Zusammenarbeit mit unserem motivierten Team.

Werner Hediger

Leiter Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF

Porträt Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung

Das Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF ist eingebettet ins Departement «Lebensraum» der HTW Chur. Im dazugehörigen Themenschwerpunkt trägt das ZWF mit seinen Fach- und Methodenkompetenzen zu einem besseren Verständnis von Lebensräumen bei, die durch ihre unterschiedlichen Nutzungsformen geprägt sind.

Im alpinen Raum sind insbesondere Tourismus, Bau und Energie wirtschaftlich, kulturell und landschaftlich prägend. Die Siedlungsstrukturen haben sich durch die naturgegebenen Tal-schaften dezentral entwickelt und schaffen verschieden stark vernetzte Lebens-, Arbeits- und Freizeiträume.

Im Fokus des «Lebensraumes» steht die zielgerichtete Entwicklung der unterschiedlichen regionalen Räume durch eine Kombination von Fach- und Sachkompetenzen in den Bereichen «Tourismus», «Architektur/ Bau», «Energie» und «Regionalwirtschaft». Ein starker Praxis- und Regionalbezug, kombiniert mit angewandter Forschung, ermöglicht ganzheitliche und innovative Lösungen in den Forschungsschwerpunkten des Departements.

In diesem Umfeld bildet das Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF das Kompetenzzentrum für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik und angewandte Statistik der HTW Chur.

Mit seinen Mitarbeitenden soll das ZWF einerseits die Volkswirtschaftslehre in allen Studiengängen abdecken und andererseits die angewandte Forschung und Beratung im Bereich Wirtschaftspolitik und Regionalentwicklung bündeln und ausbauen. So erbringt das ZWF-Team Forschungs- und Beratungsdienstleistungen für Wirtschaft und Politik und trägt zur Lösung von wirtschafts- und regionalpolitischen Fragen und Problemen bei.

Das ZWF versteht sich zudem als Diskussionsplattform im Bereich der nationalen und regionalen Wirtschaftspolitik und fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Zu diesem Zweck organisiert das ZWF verschiedene Veranstaltungen und lädt interessierte Kreise zur Teilnahme ein.

Das ZWF Team 2016

Zentrumsleiter



Werner Hediger
Prof. Dr. oec. publ., PD
Professor für Volkswirtschaftslehre,
Fachkoordinator Volkswirtschaftslehre
Tel. +41 (0)81 286 37 33
werner.hediger@htwchur.ch

Stellvertretender Leiter



Franz Kronthaler
Prof. Dr. rer. pol.
Professor für Volkswirtschaftslehre und Statistik, Fachkoordinator
Angewandte Statistik
Tel. +41 (0)81 286 39 92
franz.kronthaler@htwchur.ch

Festangestellte Mitarbeitende



Patrick Baur
Dr. oec.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Tel. +41 (0)81 286 39 92
patrick.baur@htwchur.ch



Kathrin Dinner
MSc FHO Business Administration
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Tel. +41 (0)81 286 37 62
kathrin.dinner@htwchur.ch



Monika Engler
Dr. oec. HSG
Dozentin für Volkswirtschaftslehre und Statistik
Dozentin für Volkswirtschaft
Tel. +41 (0)81 286 37 68
monika.engler@htwchur.ch



Gianluca Giuliani
Dr. sc. techn.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Tel. +41 (0)81 286 38 28
gianluca.giuliani@htwchur.ch

**Peter Moser**

Prof. Dr. oec. HSG
 Professor für Volkswirtschaftslehre
 Tel. +41 (0)81 286 37 73
 peter.moser@htwchur.ch

**Andreas Nicklisch**

Dr.
 Dozent für Volkswirtschaftslehre und Statistik
 Tel. +41 (0)81 286 37 36
 andreas.nicklisch@htwchur.ch

**Peter Tromm**

Prof. Dr. phil.II, dipl. chem.
 Professor für Statistik, Betriebswirtschaftslehre, Umwelt und Nachhaltigkeit
 Tel. +41 (0)81 286 39 77
 peter.tromm@htwchur.ch

**Guillaume Voegeli**

MSc in Environmental Science
 Wissenschaftlicher Mitarbeiter
 Tel. +41 (0)81 286 38 28
 guillaume.voegeli@htwchur.ch

**Martin Werner**

Dr. rer. oec.
 Dozent für Volkswirtschaftslehre
 Tel. +41 (0)81 286 37 04
 martin.werner@htwchur.ch

**Silke Zöllner**

MSc FHO Business Administration
 Wissenschaftliche Mitarbeiterin
 Tel. +41 (0)81 286 37 79
 silke.zoellner@htwchur.ch

Lehrbeauftragte**Andreas Brunhart**

Dr.
 andreas.brunhart@liechtenstein-
 institut.ch
 Volkswirtschaftslehre (Makroökonomie)

**Souvik Datta**

Dr.
 sdatta@ethz.ch
 Volkswirtschaftslehre (Mikroökonomie)

**Claudia Zogg**

Dr. oec. HSG
 claudia.zogg@htwchur.ch
 Volkswirtschaftslehre
 (Mikro- und Makroökonomie)

Angewandte Forschung und Entwicklung

Das ZWF ist für den Forschungsschwerpunkt «Regionalentwicklung» verantwortlich. Im Zentrum steht der Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaftspolitik. Durch die Verknüpfung von ökonomischem Wissen mit wirtschaftspolitischer Erfahrung wird ein Beitrag zur Lösung aktueller Probleme der nationalen und regionalen Wirtschaftspolitik geleistet. Es werden wissenschaftlich anerkannte Methoden problembezogen eingesetzt und die Sicht der Beteiligten wird berücksichtigt. Die Ergebnisse werden so aufbereitet, dass sie für eine breite Öffentlichkeit verständlich sind. Forschung und Lehre werden durch den Einbezug von Studierenden verknüpft und die gewonnenen Erkenntnisse fliessen in die Lehre ein. Dabei konzentriert sich das ZWF auf folgende Forschungsfelder, bei denen Synergien mit den unterschiedlichen Forschungsschwerpunkten der HTW Chur genutzt werden.

Forschungsfelder

Wirtschaftspolitik & Regionalökonomie

Wir befassen uns mit Branchen und Märkten im Wandel, Einflussfaktoren der regionalen Entwicklung und Möglichkeiten der Steuerung durch die Wirtschaftspolitik. Dies umfasst volkswirtschaftliche Aspekte des Tourismus, regionale Wertschöpfungssysteme sowie Auswirkungen von technologischem Wandel und Marktöffnung auf die Schweizer Volkswirtschaft und ihre Branchen.

Arbeitsmarkt

Wir untersuchen die Funktionsweise regionaler Arbeitsmärkte, das Zusammenspiel der Schlüsselfaktoren Arbeit, Kapital und Technologie sowie den Einfluss von Aus-bildung, Mobilität und Flexibilität auf die Arbeitsmarktentwicklung. Dies schliesst insbesondere Fragen zur Sicherung von Fach- und Führungskräften und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit ein.

Energieökonomie

Wir untersuchen die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Energiewirtschaft, Regionalentwicklung und einzelnen Branchen, wie Bau und Tourismus. Wir befassen uns mit der Zukunft der Wasserkraftnutzung in den Alpen, mit räumlichen Auswirkungen der Energiewende und erarbeiten energie- und wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen.

Forschungs- und Beratungsprojekte

Forschungsfeld Wirtschaftspolitik und Regionalökonomie

«Tourismus und Biolandwirtschaft – Synergiepotenziale am Beispiel Graubünden»

Leitung: S. Simon / W. Hediger
Team: U. Kuhnenn (ITF), W. Hediger
Im Auftrag von Bio Grischun
Laufzeit: 09/2011 – 06/2016
Ansprechperson: W. Hediger

«Gesundheitsvorsorgebericht Graubünden»

Leitung: M. Engler
Team: M. Werner, S. Zöllner
Im Auftrag des Gesundheitsamtes Graubünden
Laufzeit: 07/2015 – 12/2016
Ansprechperson: M. Engler

«Geschäftsstelle Alpine Gesundheitsdestination Davos»

Team: F. Kronthaler, S. Zöllner
Gefördert durch die Neue Regionalpolitik des Bundes NRP
Laufzeit: 01/2016 – 12/2016
Ansprechperson: F. Kronthaler

«Bedeutung der Personenfreizügigkeit für den Wirtschaftsraum Liechtenstein-St. Galler Rheintal und Vorarlberg»

Leitung: P. Moser
Team: P. Tromm, A. Zieger (Uni Lausanne)
Im Auftrag der Regierung Liechtenstein
Laufzeit: 03/2016 – 05/2016
Ansprechperson: P. Moser

«Handlungsoptionen für Liechtenstein angesichts der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative durch die Schweiz»

Leitung: P. Moser
Team: A. Zieger (Uni Lausanne)
Im Auftrag der Regierung Liechtenstein
Laufzeit: 05/2016 – 09/2016
Ansprechperson: P. Moser

«Vorabklärungen zu „Ressourcennutzung und Gemeindefinanzen im Engadin“»

Leitung: W. Hediger
Team: N. Tschirky, W. Hediger, C. Derungs (ZVM),
Im Auftrag der Geschäftsstelle Region Engiadina Bassa/Val Müstair (EBVM)
Laufzeit: 06/2016 – 08/2016
Ansprechperson: W. Hediger

«Zukunftsfähige Organisations-, Kooperations- und Finanzierungsmodelle für Kinderbetreuungsstrukturen im ländlichen Raum»

Team: M. Engler, K. Dinner
Im Auftrag der Region Sarganserland-Werdenberg
Laufzeit: 05/2016 – 12/2016
Ansprechperson: M. Engler

«Bedarfsgerechtigkeit und Verteilungsprozeduren»

Sprecher: S. Traub (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) Team: A. Diederich (Jacobs-Universität Bremen), D. Borchers (Universität Bremen), B. Kittel (Universität Wien), A. Nicklisch (HTW Chur) F. Nullmeier (Universität Bremen), T. Pritzlaff (Universität Bremen), K.-U. Schnapp (Universität Hamburg), T. Schramme (University of Liverpool), M. Siebel (Universität Oldenburg), M. Tepe (Universität Oldenburg) & S. Traub (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg), Forschungsgruppe, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft
01/2015 – 12/2017
Ansprechperson: A. Nicklisch

«Who Inflates the Bubble? Analysts and Traders in Experimental Asset Markets»

Team: M. Giamattei (Universität Passau), J. Huber (Universität Innsbruck), J. Lambsdorff (Universität Passau), A. Nicklisch (HTW Chur), S. Pailan (Universität Graz)
Gefördert durch die Deutsche Bundesbank
Laufzeit: 03/2016 – 03/2017
Ansprechperson: A. Nicklisch

«Massgeschneiderte online buchbare Angebote für Gruppenreisen»

Leitung: S. Manchen /P. Moser
Team: P. Moser, Ch. Jacobson (ITF), M. Studer (IPI)
Im Auftrag der KTI und von Graubünden Ferien
Laufzeit: 05/2016 – 04/2018
Ansprechperson: P. Moser

Forschungsfeld Energieökonomie

«Regional Impact Analysis and Sustainability Assessment of Hydropower»

Leitung: W. Hediger
Team: G. Voegeli, P. Baur, G. Giuliani; L. Schlange (ZBW); F. Romero (Universität Genf)
Gefördert durch den Schweizerischen Nationalfonds im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms NFP70 «Energiewende»
Laufzeit: 12/2014 – 05/2018
Ansprechperson: W. Hediger

«The Future of Swiss Hydropower»

Leitung: H. Weigt (Universität Basel)
Kern-Team: F. Romero (Universität Genf), R. Schumann (HES-SO Wallis/Valais), W. Hediger (HTW Chur)
Gefördert durch den Schweizerischen Nationalfonds im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms NFP70 «Energiewende»
Laufzeit: 11/2014 – 05/2018
Ansprechpersonen: H. Weigt, F. Romero, R. Schumann, W. Hediger

Forschungsfeld Arbeitsmarkt

«Das Potenzial der Ageing Workforce mobilisieren»

Leitung: M. Engler
Team: T. Wyssen (ZBW), Silke Zöllner, ZHAW
Gefördert durch die Kommission für Technologie und Innovation KTI
Laufzeit: 02/2016 – 01/2018
Ansprechperson: M. Engler

Das Potential der Ageing Workforce mobilisieren

Das Potenzial der Ageing Workforce mobilisieren: Ein interdisziplinärer Ansatz zur Freisetzung der Eigeninitiative der älteren Mitarbeitenden und zum besseren „Match“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Lead	Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF (HTW Chur)
Leitung	Dr. Monika Engler
Team	Prof. Theo Wyssen
Auftrag/Finanzierung	DoDifferent, SBB, Novartis, Kommission für Technologie und Innovation KTI
Partner	Zentrum für Betriebswirtschaftslehre ZBW (HTW Chur), Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW
Dauer	Februar 2016 – Januar 2018

Ausgangslage

Die stärkere Ausschöpfung der Ageing Workforce ist für viele Schweizer Unternehmen Gebot der Stunde. Der demografische Wandel beschleunigt sich und bedeutet für die Unternehmen zunächst eine rasch alternde Belegschaft und später Pensionierungswellen. Es stellt sich die Frage, wie langjähriges Wissen und Know-How im Unternehmen bewahrt und Fachkräfte ersetzt werden können. Die Situation wird durch die noch offene Umsetzung der Zuwanderungsinitiative zusätzlich erschwert, da hinsichtlich des künftigen Zugangs zu ausländischem Fach- und Führungskräftepersonal nach wie vor erhebliche Unsicherheiten bestehen. Der Erhalt der bestehenden älteren Arbeitskräfte und die bestmögliche Nutzung ihrer Fähigkeiten und Expertise ist für die Schweizer Wirtschaft deshalb zunehmend von vordringlicher Bedeutung.

Die Schweizer Wirtschaft hat Potenzial, die Ageing Workforce stärker und besser in den Erwerbsprozess zu integrieren. Die zentralen Ansatzpunkte liegen dabei weniger auf der rechtlich-institutionellen Ebene als im innerbetrieblichen Kontext. So sieht zwar das derzeit debattierte Reformpaket „Altersvorsorge 2020“ in der AHV und der beruflichen Vorsorge wichtige institutionelle Anpassungen für die längere Erwerbstätigkeit vor, darunter die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65, der flexiblere Übergang in den Ruhestand sowie stärkere monetäre Anreize für die längere Erwerbstätigkeit. Der Erfolg der Reform hängt indes entscheidend davon ab, inwiefern sie mit einer höheren Nachfrage nach älteren Arbeitskräften seitens der Unternehmen einhergeht und ob es im konkreten Betriebskontext gelingt, die späteren Berufsjahre aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebersicht attraktiv zu gestalten.

Projektziel

Mit dem Projekt wird erstens ein Instrumentenmix entwickelt, mit dem in Unternehmen ein alterspositives kulturelles, führungsbezogenes und personalpolitisches Umfeld geschaffen werden kann, das zu einer besseren Ausschöpfung der Ageing Workforce beiträgt. Zweitens werden die Grundlagen für einen Matching-Prozess geschaffen, der auf eine bessere Passung von Arbeitsangebot und -nachfrage zielt.

Umsetzung

Eine erfolgreiche Strategie zur stärkeren Ausschöpfung der Ageing Workforce kombiniert betriebliche, das Arbeitsverhältnis betreffende Faktoren, mit verhaltensorientierten Faktoren, die aus den sich altersbedingt wandelnden Kompetenzen, Bedürfnissen und Denkmustern resultieren. Sie setzt zweitens auf der Mikroebene der älteren Mitarbeitenden und ihren Vorgesetzten an. Drittens misst sie dem Aspekt der Eigeninitiative der Mitarbeitenden in Bezug auf die Gestaltung der Arbeitsinhalte, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen grosse Bedeutung zu.

Resultate

Die Resultate der in der ersten Projektphase durchgeführten Befragungen bei SBB und Novartis geben Hinweise auf die Treiber der Eigeninitiative. Eigeninitiative entwickelt, wer – allein und gemeinsam mit dem Vorgesetzten – die Berufstätigkeit und die sich bietenden Möglichkeiten regelmässig reflektiert. Die Entwicklung von Eigeninitiative setzt des Weiteren Handlungsoptionen voraus. Dazu gehören gefragte und aktuell gehaltene Fähigkeiten. Wer solche vorweist, hat bessere Arbeitsmarktchancen und ist eher in der Lage, die Arbeitssituation an seinen Bedürfnissen auszurichten. Ebenso müssen Vorgesetzte Gestaltungsspielraum zulassen und die Aufgabenerfüllung nicht mehr als nötig durch Vorgaben beschränken. Zielführender sind ganzheitlich gestellte Aufgaben. Zentral ist schliesslich die Einstellung zum Älterwerden: Je mehr die altersspezifischen Stärken ins Bewusstsein rücken, desto mehr Eigeninitiative zeigen die Mitarbeitenden.

Da die Eigeninitiative mit einem späteren Erwerbsaustritt einhergeht, besteht ein Lösungsansatz zur besseren Ausschöpfung der Ageing Workforce in der Verankerung der regelmässigen Auseinandersetzung mit der persönlichen Arbeitssituation mittels eigenständig nutzbarer, anregender Tools. Gleichzeitig sind Mitarbeitende wie Führungskräfte davon zu überzeugen, dass das eigenverantwortliche Aktivwerden der Mitarbeitenden beidseitig von Vorteil ist. Je besser die Mitarbeitenden die Arbeit auf ihre Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnisse ausrichten, desto positiver ist ihr Arbeitserleben. Für die Führungskräfte ist das kein Nachteil, im Gegenteil: Von einem positiven Arbeitserleben ist eine höhere Arbeitszufriedenheit und, als Folge, eine höhere Leistungsbereitschaft zu erwarten.

Bedeutung der Personenfreizügigkeit für die Region Liechtenstein, St. Galler Rheintal und Vorarlberg

Lead	Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF (HTW Chur)
Leitung	Prof. Dr. Peter Moser
Team	Prof. Dr. Peter Tromm
Auftrag/Finanzierung	Gutachten zuhanden der Regierung des Fürstentums Liechtenstein
Dauer	März 2016 – September 2016

Ausgangslage und Auftrag

Die grenzüberschreitende Region bestehend aus Liechtenstein, dem St. Galler Rheintal und aus Teilen Vorarlbergs ist unter anderem dank der durch die Personenfreizügigkeit ermöglichten Integration des Arbeitsmarktes in den letzten 15 Jahren stark gewachsen. Seit der Aufnahme des Artikel 121a in die Schweizer Bundesverfassung («Masseneinwanderungsinitiative») am 9. Februar 2014 sind die Schweizer Behörden beauftragt, die Zuwanderung zu begrenzen. Von der Umsetzung der Zuwanderung könnten sowohl die Grenzgänger aus dem Vorarlberg und aus Liechtenstein in die Schweiz betroffen sein als auch Nicht-Schweizer Pendler von der Schweiz nach Liechtenstein. Damit würde der grenzüberschreitende Austausch von Arbeits- und Fachkräften in dieser Region behindert.

Die Studie des Zentrums für wirtschaftspolitische Forschung der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur untersuchte im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein die möglichen Auswirkungen einer Einschränkung der Personenfreizügigkeit für die Region Liechtenstein, St. Galler Rheintal und Vorarlberg. Am Projekt arbeitet Peter Moser (Projektleitung), Peter Tromm und in einer späteren Phase auch Andreas Ziegler (Universität Lausanne).

Merkmale des Wirtschaftsraums Liechtenstein, St. Galler Rheintal und Vorarlberg

Die Region FL-SG-VA ist eine wirtschaftlich erfolgreiche, grenzüberschreitende Agglomeration mit einer starken industriellen Basis und mit ergänzenden Dienstleistungen. Insgesamt leben ca. 300'000 Menschen und 150'000 Erwerbstätige in dieser Region. FL-SG-VA ist ein ausgeprägter Industriecluster: Bau und Industrie stellen fast 95'000 Arbeitsplätze, mehr als jeden dritten Arbeitsplatz. Insbesondere das SG-Rheintal (ca. 28'000 Stellen) und Liechtenstein (ca. 14'000 Arbeitsplätze) haben einen hohen Beschäftigungsanteil von 44 bzw. 43% im zweiten Sektor. Der Beschäftigungsanteil in der Industrie (ohne Bau) ist im SG-Rheintal und Liechtenstein mit 34% mehr als doppelt so hoch wie in der Schweiz. Dabei ist die Spezialisierung in Liechtenstein und im SG-Rheintal ähnlich.

Der Erfolg der Region zeigt sich in der beträchtlichen Zunahme der Beschäftigten und der Bevölkerung. In der Region wurden seit 2000 viele Arbeitsplätze und Erwerbsmöglichkeiten geschaffen. Im SG-Rheintal nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 11'500 (+ 18%) zu, in Liechtenstein stieg die Zahl der Beschäftigten um 9'900 Beschäftigte (+37%) und in Vorarlberg um 21'300 (+16%). Selbst während der starken Aufwertung des Schweizer Frankens von 2010-14 hat die Beschäftigung im SG-Rheintal (+4'800) und in Liechtenstein (+2'300) weiter zugenommen.

Aufgrund der prosperierenden Wirtschaftsentwicklung ist die Bevölkerung in der Region seit 2002 um 11% oder 43'500 Personen gewachsen. Die Bevölkerungszunahme ist in allen Teilregionen deutlich: St. Galler Rheintal: +15'758 (12%), Liechtenstein: +3'503 (10%), Feldkirch: +10'632 (11%). Auch wenn das prozentuale Bevölkerungswachstum im St. Galler Rheintal das Stärkste aller Regionen des Kantons St. Gallen ist, entspricht das Wachstum knapp dem Schweizer Durchschnitt und ist leicht tiefer als im südlich liegenden Bezirk Landquart (13%).

Die starke Zunahme der grenzüberschreitenden Pendlerströme verdeutlicht, dass die Region von der Personenfreizügigkeit profitiert. Diese erlaubt das Zusammenwachsen der Arbeitsmärkte und damit einen intensiveren Fachkräfteaustausch innerhalb der Region. Insgesamt überqueren ca. 28'000 Berufstätige regelmässig die Landesgrenzen. Im Jahr 2014 pendeln in den Kanton St. Gallen 6'795 Personen aus dem Vorarlberg und 1'218 Personen aus Liechtenstein. Aus dem Kanton St. Gallen nach Liechtenstein pendeln im gleichen Jahr 8'591 Personen, davon 57% Schweizer Staatsbürger. In Liechtenstein sind 53% aller Beschäftigten Grenzgänger, im St. Galler Rheintal 7% aller Erwerbstätigen.

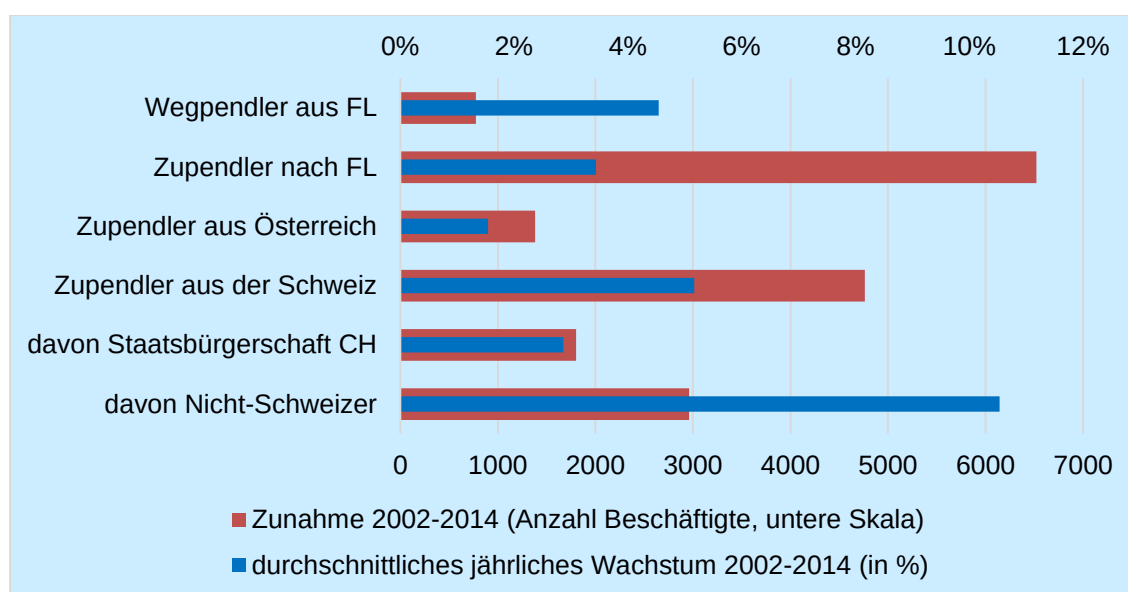


Abbildung 1: Entwicklung der Grenzgänger mit Liechtenstein

Wie Abbildung 1 verdeutlicht, haben zwischen 2002 und 2014 die Zupendler nach Liechtenstein um 6'521 Personen zugenommen, knapp drei Viertel der Zunahme stammt aus der Schweiz. Von diesen zusätzlichen Pendlern aus der Schweiz sind ein Drittel Schweizer Bürger, zwei Drittel haben einen ausländischen Pass. Aber auch die Anzahl Wegpendler aus Liechtenstein hat um 776 Personen zugenommen; das durchschnittliche jährliche Wachstum ist dabei mit 4,5% leicht höher als bei den Zupendlern (3,5%)

Bedeutung für das St. Galler Rheintal

Das St. Galler Rheintal als Teil der grenzüberschreitenden Wirtschaftsregion wächst im Vergleich zu anderen Regionen des Kantons St. Gallen überdurchschnittlich, sowohl hinsichtlich der Beschäftigung als auch der Bevölkerung. Die Arbeitsstellen bei Unternehmen in Liechtenstein sind ein wesentlicher und sehr attraktiver Teil des Arbeitsmarktes in dieser Region. Jeder 10. Erwerbstätige des SG-Rheintals oder knapp 8'000 Personen arbeiten in Liechtenstein. Besonders ausgeprägt ist diese Verflechtung im Wahlkreis Werdenberg: Jeder 4. Erwerbstätige arbeitet in Liechtenstein, insgesamt knapp 5'000 Personen. Jedoch kommen auch 745 Personen oder 4,2% aller Erwerbstätigen in Werdenberg aus Liechtenstein.

Die Bruttolöhne der Zupendler nach Liechtenstein betragen 2014 ca. 1,5 Mrd. Fr., 55% oder 844 Mio. Fr. fliessen an Grenzgänger aus der Schweiz, schätzungsweise 81% davon in den Kanton St. Gallen (680 Mio. Fr.) bzw. 76 % in das SG-Rheintal (640 Mio. Fr.). Der geschätzte Durchschnittslohn (Median) eines Grenzgängers aus der Schweiz liegt bei 80'300 Fr. (bei einer Vollzeitanstellung, 2012). Er ist damit mehr als 10% höher als der Durchschnittslohn (Median) in der Ostschweiz (71'200 Fr.).

Die Grenzgänger nach Liechtenstein finanzieren aufgrund ihrer Steuerzahlungen einen substantiellen Teil der Ausgaben der Gemeinden im SG-Rheintal und beanspruchen aufgrund des tiefen Arbeitslosenrisikos die staatlichen Sozialsysteme wenig. Die jährlichen Löhne an Grenzgänger aus der Schweiz von ca. 844 Mio. Fr. führen in der Schweiz zu geschätzten Einkommenssteuern zwischen 71 und 108 Mio. Fr.. Zwischen 55 und 90 Mio. Fr. fliessen an den Kanton St. Gallen und seine Gemeinden. In der Region Werdenberg entsprechen diese Zahlungen etwa einem Viertel der Einkommenssteuern.

Auswirkungen einer strikten Umsetzung von Art. 121a BV

Ob und wie stark die Grenzgängerströme zwischen der Schweiz und Liechtenstein eingeschränkt werden, konnte zum Zeitpunkt der Studie nicht prognostiziert werden. Deshalb haben wir die Wirkungen von drei möglichen Szenarien untersucht. Die Hauptergebnisse zeigen auf, dass durch die Beschränkung der grenzüberschreitenden Pendlerströme die Funktionsweise des Arbeitsmarkts in der Region FL-SG-VA bedeutend gestört würde. Potenziell wären die Besetzung von mehr als 9% bzw. bei Gegenmassnahmen 18% aller Arbeitsplätze in der Region Liechtenstein-SG-Rheintal-Vorarlberg (Feldkirch) langfristig unsicher. Damit würden Stellenwechsel innerhalb der Region erschwert und Verschiebungen von Mitarbeitern zwischen Betrieben derselben Unternehmung noch schwieriger als heute. Gegenüber anderen eher binnenorientierten Regionen würde damit die grenzüberschreitende Region FL-SG-VA benachteiligt. Denn ihr Zugang zu Teilen des natürlichen Agglomerationsraums würde behindert. Im SG-Rheintal würde eine Kontingentierung zusätzlich die Anstellung von EU/EFTA-Bürgern mit beeinträchtigen. Davon wäre das SG-Rheintal stark betroffen, sind doch 27% aller Erwerbstätigen Nicht-Schweizer.

In den Szenarien mit Beschränkung würde die bisherige Entwicklung im SG-Rheintal stark gebremst. Im Vergleich zu einem realistischen Referenzszenario mit einem abgeschwächten Wachstum würden die Pendlerzahlen nach Liechtenstein stark sinken und damit auch die Einkommen und Steuereinnahmen im SG-Rheintal deutlich weniger schnell wachsen als ohne Beschränkung. Während Liechtenstein einen Teil dieser fehlenden Pendler aus der Schweiz durch zusätzliche Pendler aus Vorarlberg oder durch vermehrte Migration nach Liechtenstein kompensieren könnte, würde das SG-Rheintal durch die Beschränkung zweifach getroffen; zum einen durch Einschränkungen der lokalen Unternehmen bei der Rekrutierung von Grenzgängern und Zuwanderern, zum anderen durch die geringere Anzahl von Lohneinkommen aus Liechtenstein wegen der kleineren Zahl an Pendlern im Vergleich zum Referenzszenario.

Wasserkraft, Energiewende und nachhaltige Entwicklung: Vielfältige Auswirkungen, schmerzhaft Abwägungen

Projekttitel:	Regional Impact Analysis and Sustainability Assessment of Hydropower («HP Sustainability»)
Lead	Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF (HTW Chur)
Leitung	Prof. Dr. Werner Hediger
Team	Prof. Dr. Lutz Schlange (ZFB), Dr. P. Baur, Dr. G. Giuliani, G. Voegeli
Auftrag/Finanzierung	SNF, Nationales Forschungsprogramm NFP 70 «Energiewende»
Partner	Zentrum für Betriebswirtschaftslehre ZBW (HTW Chur), Universität Basel, Université de Genève, HES-SO Wallis, Repower AG, Alpiq
Dauer	Dezember 2014 – Mai 2018

Bis zu welchem Grad ist die Beeinträchtigung national bedeutsamer Landschaften und Biotop vor dem Hintergrund der Energiewende mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar? Diese und andere Fragen beurteilen Forschende der HTW Chur im Hinblick auf drei Wasserkraftprojekte. Das Forschungsprojekt wird innerhalb des Nationalen Forschungsprogramms «Energiewende» durchgeführt.

«Unklare Zukunft», «Ungenügende Rentabilität», «Im Subventionsfieber» – die Schweizer Wasserkraft kann sich über einen Mangel an kritischen Schlagzeilen zurzeit wahrlich nicht beklagen. Gleichzeitig soll sie im Rahmen der Energiestrategie 2050 des Bundes einen Beitrag an den Ausbau der erneuerbaren Energien leisten.

An der HTW Chur läuft zurzeit ein nationales Forschungsprojekt, in dessen Rahmen die vielfältigen Auswirkungen dreier ausgewählter Wasserkraftprojekte einer systematischen und ganzheitlichen Beurteilung aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung unterzogen werden. Die Wasserkraft betreffende Abwägungen zwischen verschiedenen Nachhaltigkeitsanliegen wurden in den vergangenen Jahren und zuletzt in der Sommersession 2016 auch im Eidgenössischen Parlament vorgenommen – mit potenziell wichtigen Konsequenzen für die Nachhaltigkeitsbeurteilung von Wasserkraftprojekten, wie das folgende Beispiel veranschaulicht. Da der vorliegende Text vor der Sommersession 2016 abgefasst wurde, ist der Leser bzw. die Leserin dazu eingeladen, sich bei Interesse am Thema selbst mit den damaligen Beschlüssen vertraut zu machen.

Evaluation von Wasserkraftprojekten

Das an der HTW Chur durchgeführte Forschungsprojekt mit dem Namen «Regionale Wirkungsanalyse und Nachhaltigkeitsbeurteilung der Wasserkraft» («HP Sustainability») wird innerhalb des Nationalen Forschungsprogramms «Energiewende» (NFP 70) durchgeführt und soll im Jahr 2018 abgeschlossen werden.¹ Da Wasserkraftprojekte potenziell alle drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung, d. h. Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, betreffen, eignen sie sich besonders gut für ein Verfahren wie die Nachhaltigkeitsbeurteilung. Zu denken ist

¹ Das Projekt an der HTW Chur ist Teil des Verbundprojektes «Die Zukunft der Schweizer Wasserkraft: Eine integrierte ökonomische Beurteilung von Chancen, Gefahren und Lösungen» («HP Future»), an dem Wissenschaftler der Universitäten Basel und Genf, der HES-SO Wallis und der HTW Chur zusammenarbeiten.

bspw. an kommunale und kantonale Einnahmen aus Wasserzinsen und Pumpwerksteuern, an die Bereitstellung von Arbeitsplätzen in peripheren Regionen, an Folgen für Natur und Landschaft oder an die Unterstützung der Energieversorgung.

Gegenstand der im Moment laufenden Betrachtungen bilden zwei konkrete Pumpspeicherwerkprojekte in den Kantonen Graubünden und Wallis. Zum einen ist dies das bekannte Bündner Projekt Lagobianco im Puschlav – ein gutes Beispiel für eine im Prinzip erfolgreiche Projektarbeit unter Einbezug unterschiedlicher Anspruchsgruppen. Zum anderen befassen wir uns mit dem Projekt EES+ im Walliser Zwischbergental. Letzteres steht in diesem Artikel im Vordergrund. Zu einem späteren Zeitpunkt wird auch ein Projekt im Kanton Tessin evaluiert werden.

Sowohl im Fall von Lagobianco als auch im Fall von EES+ handelt es sich um ein Grosswasserkraftprojekt. Während im Fall von Lagobianco das Konzessionsverfahren erfolgreich abgeschlossen wurde, die Realisierung des Projekts aufgrund momentan ungenügender Rentabilität allerdings stockt, wurde EES+ noch vor der Vergabe einer Konzession aufgrund ungenügender Rentabilität und schwerwiegender Probleme im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes bis auf Weiteres eingefroren.

Beeinträchtigung von Naturschutzobjekten

EES+ beinhaltet u. a. den Ersatz einer Staumauer von gegenwärtig neun Metern durch eine zehnmal höhere Mauer, eine damit einhergehende deutliche Vergrösserung eines bestehenden Stausees sowie den Ersatz eines kleineren Wasserkraftwerks durch ein Pumpspeicherwerk mit wesentlich grösserer Leistung. Eine Realisierung des Projekts würde es ermöglichen, die Stromproduktion auf Zeiten hoher Strompreise bzw. einer im Vergleich zum Stromangebot hohen Stromnachfrage auszurichten. Zeiten tiefer Strompreise bzw. einer im Vergleich zum Stromangebot tiefen Stromnachfrage könnten demgegenüber zum Hochpumpen des Wassers genutzt werden. Eine Erhöhung der Stromproduktion hätte die Realisierung des Projekts jedoch nicht zur Folge.

EES+ betrifft ein Gebiet, das im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung eingetragen ist (Objekt Nr. 1717). Im Falle einer Verwirklichung des Projekts würde des Weiteren ein Auengebiet, das vom Bundesamt für Umwelt zur Aufnahme in das Bundesinventar der Auengebiete von nationaler Bedeutung vorgeschlagen worden ist, zu etwa 60% überflutet (Objekt Nr. 336).

Etappenweiser Umbau der Energieversorgung

Im Rahmen der Ausarbeitung und Behandlung des ersten Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050 wurden vom Bundesrat und dem Parlament u. a. Abwägungen zwischen verschiedenen Nachhaltigkeitsanliegen vorgenommen. Es wurden Kategorien gebildet und darauf aufbauend Regeln für den Umgang mit Zielkonflikten erarbeitet.

Mit der Energiestrategie 2050 wird ein etappenweiser Umbau der Schweizer Energieversorgung bis zum Jahr 2050 – zuweilen auch als Energiewende apostrophiert – angestrebt: der Energieverbrauch soll gesenkt, der Beitrag der erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Das erste Massnahmenpaket stellt zu diesem Zweck auf die Nutzung bereits bestehender oder zum heutigen Zeitpunkt zumindest vorauszusehender Technologien ab und setzt des Weiteren keine weitergehende internationale Abstimmung der Energiepolitik voraus. Die Energiestrategie 2050 und das erste Massnahmenpaket haben Eingang in die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016-2019 des Bundesrats gefunden.

Tabelle 1: Artikel 14 des revidierten Energiegesetzes, Stand 16.03.2016

Nationalrat	Ständerat
Art. 14 Nationales Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien ¹ Die Nutzung erneuerbarer Energien und ihr Ausbau sind von nationalem Interesse.	Keine Differenz
² Einzelne Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, namentlich auch Speicherkraftwerke, sowie Pumpspeicherkraftwerke sind ab einer bestimmten Grösse und Bedeutung von einem nationalen Interesse, das insbesondere demjenigen nach Artikel 6 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG) entspricht. In Biotopen von nationaler Bedeutung nach Art. 18a NHG und Wasser- und Zugvogelreservaten nach Art. 11 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel vom 20. Juni 1986 sind neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgeschlossen.	Keine Differenz
³ Hat eine Behörde über die Bewilligung des Baus, der Erweiterung oder Erneuerung oder über die Konzessionierung einer Anlage oder eines Pumpspeicherkraftwerks nach Absatz 2 zu entscheiden, so ist das nationale Interesse an der Realisierung dieser Vorhaben bei der Interessenabwägung als gleichrangig zu betrachten mit anderen nationalen Interessen. Bei einem Objekt in einem Inventar nach Artikel 5 NHG darf ein Abweichen von der ungeschmäleren Erhaltung in Erwägung gezogen werden.	³ Hat eine Behörde über die Bewilligung des Baus, der Erweiterung oder Erneuerung oder über die Konzessionierung einer Anlage oder eines Pumpspeicherkraftwerks nach Absatz 2 zu entscheiden, so ist das nationale Interesse an der Realisierung dieser Vorhaben bei der Interessenabwägung als grundsätzlich gleichrangig zu betrachten mit anderen nationalen Interessen. Bei einem Objekt in einem Inventar nach Artikel 5 NHG darf ein Abweichen von der ungeschmäleren Erhaltung in Erwägung gezogen werden, sofern das Objekt nicht im Kern seines Schutzwertes verletzt wird.
⁴ Der Bundesrat legt für die Wasser- und für die Windkraft die erforderliche Grösse und Bedeutung fest. Er tut dies einerseits für neue Anlagen und andererseits für Erweiterungen und Erneuerungen bestehender Anlagen. Er kann nötigenfalls auch für die anderen Technologien und für Pumpspeicherkraftwerke die erforderliche Grösse und Bedeutung festlegen.	Keine Differenz
⁵ Er berücksichtigt bei der Festlegung nach Absatz 4 Kriterien wie Leistung oder Produktion sowie die Fähigkeit, zeitlich flexibel und marktorientiert zu produzieren.	Keine Differenz

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage des Dokuments N1-33 D, S. 4/5

(<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/ratsunterlagen?AffairId=20130074&k=PdAffairId:20130074>)

Im Hinblick auf das Projekt EES+ ist nicht zuletzt Artikel 14 des revidierten Energiegesetzes als Bestandteil dieses Massnahmenpakets von Interesse (siehe Tabelle 1). Zumindest bis zur Sommersession 2016 konnten Pumpspeicherwerke gemäss Absatz 2 dieses Artikels neu von einem nationalen Interesse sein, das jenem von Objekten im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung entsprach. Während der Ständerat ein Abweichen von der ungeschmäleren Erhaltung eines in diesem Inventar enthaltenen Objekts nur dann zulassen wollte, wenn das Objekt nicht im Kern seines Schutzwertes verletzt wird, nahm der Nationalrat keine entsprechende Einschränkung vor (vgl. Absatz 3). Das Anliegen (des Ausbaus) der Nutzung erneuerbarer Energien sollte durch Artikel 14 gegenüber dem Anliegen des Landschaftsschutzes aufgewertet werden, wobei hinsichtlich des Ausmasses dieser Aufwertung zwischen dem Nationalrat und dem Ständerat Differenzen bestanden. Für Objekte im Bundesinventar für Auengebiete von nationaler Bedeutung sahen sowohl der Nationalrat als

auch der Ständerat demgegenüber einen vollständigen Schutz gegenüber neuen Wasserkraftanlagen vor (vgl. Absatz 2). Die Voraussetzungen, die für die Zuerkennung eines nationalen Interesses im Sinne von Absatz 2 erfüllt sein müssen, sollten des Weiteren in den Ausführungsbestimmungen zu Artikel 14 festgelegt werden (vgl. Absatz 4).



Abbildung 2: Staumauer Fah

Vom Generell-Abstrakten zum Individuell-Konkreten und zurück

Nachhaltige Entwicklung, verstanden als ein gesellschaftlicher Such-, Lern- und Verständigungsprozess, findet, wie oben skizziert, ihren Niederschlag in Rechtsnormen u. a. des Bundes (bspw. in Artikel 14 des revidierten Energiegesetzes oder in den Ausführungsbestimmungen zu selbigem). Eine Nachhaltigkeitsbeurteilung eines Projektes wie EES+, d. h. eine systematische und ganzheitliche Beurteilung eines derartigen Projektes aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung, muss solchen Rechtsnormen Rechnung tragen. Das Verfahren der Nachhaltigkeitsbeurteilung – seinerseits ein Ergebnis dieses Such-, Lern- und Verständigungsprozesses und ein Mittel zu dessen Förderung – führt infolgedessen zu Resultaten, die je nach Stand dieses Prozesses unterschiedlich ausfallen können. Entsprechend reflektiert und mit Blick auf den umfassenderen Prozess kommuniziert, können die Resultate des Projekts «HP Sustainability» nicht nur in Bezug auf die betrachteten Wasserkraftprojekte, sondern – im Sinne einer Rückkoppelung – hinsichtlich der Energiewende allgemein von Nutzen sein.

Jubiläumspublikation der Psychiatrischen Dienste Graubünden

Lead	Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF (HTW Chur)
Leitung	Prof. Dr. Peter Tromm
Team	Simonne Boissiers; Prof., Dipl. El.-Ing. ETH Martin Vollweider; Silke Zöllner
Auftrag/Finanzierung	Psychiatrische Dienste Graubünden PDGR
Partner	Multimedia Production MMP (HTW Chur)
Dauer	August 2016 – April 2017

Im Jahr 2017 feiern die Psychiatrischen Dienste Graubünden PDGR ihr 125-Jahr-Jubiläum. Dazu erhielt das ZWF im August 2016 den Auftrag, eine Jubiläumspublikation zu erarbeiten. Gewünscht wurde sowohl das Verfassen eines schriftlichen Berichtes als auch das Erstellen einer elektronischen Präsentation. Letztere soll an Messen wie der HIGA Handels-, Industrie- und Gewerbe-Ausstellung einsetzbar sein.

Ein ZWF-Team, Silke Zöllner und Peter Tromm, haben zunächst mit Vertretern der PDGR den Rahmen und die detaillierten Wünsche aufgenommen und danach mit zwei Kollegen von MMP Multi Media Production, Martin Vollenweider und Simonne Bosiers, die Absprachen bezüglich der elektronischen Präsentation getroffen.

Als Themen für die Publikation wurden die geschichtliche Entwicklung der Psychiatrie und der Psychiatrischen Kliniken, die Wandlung des Erscheinungsbildes der Psychiatrie in Gesellschaft und Politik incl. Entstigmatisierung und die Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung festgelegt.

Es wurden viele Dokumente, Bilder und sogar kleine Video-Sequenzen gesichtet. Hierbei zeigten sich eine Menge interessanter Details, welche in die Publikationen eingebaut werden konnten. Das Projekt kommt nun langsam in die Endphase und soll im April 2017 abgeschlossen werden.



Abbildung 3: Klinik Waldhaus 1892 und 2016

Open Education Plattform

Lead	Prof. Dr. Sylvia Manchen
Leitung	Projektleitung Peter Tromm
Auftrag/Finanzierung	AMS Association of Management Schools Switzerland
Partner	Vereinigung der Fachhochschulen Schweiz (AMS Association of Management Schools Switzerland)
Dauer	Januar 2016 – Dezember 2018

Die AMS Association of Management Schools Switzerland, eine Vereinigung von Fachhochschulen, möchte eine Kommunikations- und Publikationsplattform für Dozierende einrichten. Hierzu hat sie eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in welcher Vertreter der beteiligten Fachhochschulen Grundlagen, Konzept und Umsetzung in Angriff nehmen.

Einerseits sollen Dozierende publizieren, andererseits ist es schwierig, ein geeignetes Medium, sprich ein Journal oder eine wissenschaftliche Zeitschrift, für eine Veröffentlichung zu finden. Ziel dieses Projektes ist es, eine eigene Plattform einzurichten und so allen Dozierenden der beteiligten Fachhochschulen ein eigenes Publikationsmedium zur Verfügung zu stellen. In einem weiteren Schritt soll diese Plattform auch Dozierenden von anderen Hochschulen offen stehen, z.B. auch im Ausland

Mögliche Beiträge können Forschungsberichte, Dienstleistungsaufträge, aufbereitete Unterrichtsunterlagen, Projekte, Gruppenarbeiten etc. sein. Eine Gruppe von EditorInnen und GutachterInnen prüft die eingereichten Dokumente anhand von Richtlinien, gibt Feedback an die AutorInnen und stellt die Beiträge schlussendlich auf die Plattform.

Die Arbeitsgruppe hat im letzten Sommer begonnen. Zurzeit werden die elektronische Plattform eingerichtet, Richtlinien erstellt und MitarbeiterInnen gesucht.

Lehre und Weiterbildung

Durch das ZWF angebotene Lehrveranstaltungen

Als Kompetenzzentrum für Volkswirtschaftslehre und angewandte Statistik koordiniert das ZWF die Lehre und Weiterbildung in diesen beiden Disziplinen und deckt den Unterricht weitgehend mit eigenen Personalressourcen ab. Im Jahr 2016 haben die Mitglieder des ZWF die Fächer Volkswirtschaftslehre, Statistik und Forschungsmethodik in den folgenden Studiengängen der HTW Chur unterrichtet:

Bachelor Betriebsökonomie		Dozent/in
Mikroökonomie	dt.	Martin Werner, Souvik Datta, Curdin Derungs (ZVM)
Makroökonomie	dt.	Monika Engler, Curdin Derungs (ZVM)
International Economics	dt. / engl.	Werner Hediger, Peter Moser
Angewandte Statistik	dt.	Patrick Baur, Franz Kronthaler, Andreas Nicklisch

Bachelor Tourismus		Dozent/in
Mikroökonomie	dt.	Claudia Zogg, Peter Moser
Microeconomics	engl.	Werner Hediger
Makroökonomie	dt.	Claudia Zogg
Macroeconomics	engl.	Andreas Brunhart
International Economics	engl.	Martin Werner
Angewandte Statistik	dt.	Peter Tromm
Beschaffung und Leistungserstellung / Procurement and Production	dt. / engl.	Peter Tromm
Umwelt und Nachhaltigkeit / Environment and Sustainability	dt. / engl.	Peter Tromm

Bachelor Sport Management		Dozent/in
Mikroökonomie	dt.	Peter Moser

Bachelor Bau und Gestaltung		Dozent/in
Volkswirtschaft und Politik	dt.	Werner Hediger

Bachelor in Information Science		Dozent/in
Angewandte Statistik	dt.	Patrick Baur, Franz Kronthaler

Master of Science in Business Administration		Dozent/in
Quantitative Forschungsmethoden	dt.	Franz Kronthaler
Quantitative Research Methods	engl.	Franz Kronthaler
Introduction to Data Management and Analytics	engl.	Franz Kronthaler
Internationales Umfeld	dt.	Peter Moser

Weiterbildung	Dozent/in	
Diploma of Advanced Studies in Business Administration (DAS)		
Volkswirtschaftslehre (Mikroökonomie)	dt.	Peter Moser, Martin Werner
Master of Advanced Studies in Business Administration (MAS)		
Volkswirtschaftslehre (Makroökonomie)	dt.	Monika Engler, Andreas Brunhart, Curdin Derungs (ZVM)
Executive Master of Business Administration (EMBA) General Management		
Volkswirtschaft & Recht (International Economics)	dt.	Werner Hediger, Peter Moser und externe Lehrkräfte: Ruedi Minsch, Connie Voigt, Andreas Ziegler
Executive Master of Business Administration (EMBA) der AoHE Academy of Hotel Excellence		
Statistik	dt.	Peter Tromm



Abbildung 4: Gastvortrag von Urs Schönholzer, SNB, im Rahmen des VWL-Moduls „Makroökonomie“

Wissenstransfer

Öffentliche Anlässe des ZWF

Gesprächskreis zur Wirtschaftspolitik

Der vom ZWF jährlich organisierte Gesprächskreis zur Wirtschaftspolitik stellt eine Diskussionsplattform zu einem aktuellen wirtschaftspolitischen Thema dar. Diese Veranstaltung wird jeweils in Zusammenarbeit mit dem Förderkreis Wirtschaftspolitik durchgeführt, mit jeweils einem öffentlichen Teil für das breite Publikum und dem eigentlichen Gesprächskreis in einer kleineren Runde.

Wirtschaftspolitisches Seminar Alpenrhein

Das Wirtschaftspolitische Seminar Alpenrhein wird gemeinsam vom ZWF und dem Liechtenstein-Institut veranstaltet, mit dem Ziel, die Diskussion unter Ökonominnen und Ökonomen sowie interessierten Stakeholdern über aktuelle wirtschaftspolitische Themen zu fördern und die Vernetzung zwischen diesen Personen in der Region Alpenrhein zu erleichtern.



Abbildung 5: Podiumsdiskussion im Januar 2016

Gesprächskreis für Wirtschaftspolitik: Marktzutritt zur EU

Bilaterale Verträge sind für die Schweiz langfristig von grosser Bedeutung

Podiumsdiskussion mit Florian Schwab, Patrik Schellenbauer, Heinrich Spoerry, Peter Moser (Moderation), Martin Eichler, Jean-Philippe Kohl.

An einem hochkarätig besetzten Anlass an der HTW Chur wurde deutlich, dass ein Wegfall der bilateralen Verträge einschliesslich einer Einschränkung der Personenfreizügigkeit zu spürbaren Wohlfahrtseinbussen für die Schweiz führen würde. Davon wäre das Rheintal als grenzüberschreitende Region besonders betroffen.

Am Donnerstagabend den 2. Juni 2016 fand an der HTW Chur der 9. Gesprächskreis zur Wirtschaftspolitik statt. Eingeladen hat das Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung (ZWF). Im Zentrum der Referate und Diskussionen stand die Frage, welche Bedeutung die bilateralen Verträge für die Unternehmen in der Schweiz und für die Wohlfahrt unseres Landes haben. Das Thema ist seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative äusserst aktuell. Denn die Bundespolitik ist gefordert, eine Anpassung der Freizügigkeitsabkommen mit der EU auszuhandeln. Würde die Schweiz das Freizügigkeitsabkommen ausser Kraft setzen, würden automatisch auch alle bilateralen Abkommen I wegfallen, d.h. auch die Vereinbarungen über technische Handelshemmnisse, das öffentliche Beschaffungswesen, den Land- und Luftverkehr, die Landwirtschaft und über die Forschung.

Wegfall der Bilateralen bringt die Schweiz in eine schlechte Ausgangslage

Martin Eichler, Chefökonom der BAK BASEL, zeigte in seine Ausführungen auf, dass sich bei einem Wegfall der bilateralen Verträge die langfristigen Verluste fast auf eine jährliche Wirtschaftsleistung kumulieren. Das Wachstum pro Kopf wäre dann um etwa ein Viertel tiefer als sonst zu erwarten ist. Das sei keine Katastrophe, aber die Schweiz bringt sich in eine schlechte Ausgangslage und dies in einer Zeit, in welcher die Anzahl der Erwerbstätigen in der Schweiz ohne Zuwanderung sinkt.

International tätige Unternehmen wären von einem Wegfall besonders betroffen

Heinrich Spoerry, Präsident des Verwaltungsrates der SFS Group und damit Vertreter einer Unternehmung aus der Region, führte aus, dass für seine stark exportorientierte Firma. Er wies aber auch darauf hin, dass eine allfällige Einschränkung der Personenfreizügigkeit den Standort im Rheintal bei der Personalrekrutierung stark behindern könnte, da SFS mit Produktionsstandort in Heerbrugg ansonsten bei der Rekrutierung in der grenzüberschreitenden Region stark behindert würde. Zusätzlich würde es auch schwieriger, Kaderleute aus der Schweiz in den Tochtergesellschaften in der EU einzusetzen. Bereits heute hat die SFS Projekte für den Ausbau des Schweizer Standorts aufs Eis gelegt, solange keine Klarheit über die Umsetzung der Initiative besteht.

In der Diskussion überwiegen die Vorteile des bilateralen Wegs

Im anschliessenden Podium wurde deutlich, dass v.a. die Personenfreizügigkeit und der Marktzutritt zur EU entscheidend sind. Patrik Schellenbauer von Avenir Suisse bezeichnete die Bilateralen Verträge als Königsweg, wobei er auch darauf hinwies, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Vorteile dieser Freizügigkeit möglichst allen zugutekommen. Eine Kontingentie-

rung der Zuwanderung würde in einen internen Verteilungskampf münden, bei dem die Gefahr besteht, dass damit wie in der Vergangenheit Strukturpolitik betrieben würde. Jean-Philippe Kohl von Swissmem unterstrich, dass die Schweiz heute einen privilegierten Marktzutritt zum EU-Binnenmarkt mit 500 Mio. Konsumenten habe, welche nicht fahrlässig aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Für bestimmte Unternehmen mit Produktion und Arbeitsplätze in der Schweiz sind die einzelnen Abkommen entscheidend, damit der EU-Markt von der Schweiz aus bedient werden kann.

Die Gegenposition nahm Florian Schwab – Journalist bei der Weltwoche – ein, der auf die Kosten der Bilateralen hinwies, welche unter anderem zu einem Regulierungsschub auch auf den Arbeitsmärkten geführt habe. Dem wurde jedoch von den Industrievertretern widersprochen. So seien in dieser Branche die Gesamtarbeitsverträge für die Unternehmen freiwillig und zudem bieten diese Unternehmen meist überdurchschnittlich gute Arbeitsbedingungen an. Im weiteren unterstrich Spoerry, dass die gelebte Sozialpartnerschaft ein Standortvorteil sei; gerade bei der Frankenkrise sei es so möglich gewesen, durch vorübergehende Arbeitszeitverlängerungen durch die schweren Zeiten ohne Arbeitsplatzverlust zu überstehen.

Landwirtschaftspodium

Bündner Landwirtschaft meistert Spagat

Die Bündner Landwirte unterstützen die Versorgung der Bevölkerung und pflegen die Kulturlandschaft und erbringen dadurch u.a. auch einen wertvollen Dienst für den Tourismus. Diese Multifunktionalität der Landwirtschaft birgt auch Zielkonflikte in sich. An der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur diskutierten Experten, wie die Bündner Landwirtschaft den Spagat zwischen Versorgungssicherheit, Marktöffnung und Regionalentwicklung meistert.

Die Rahmenbedingungen für die Schweizer Agrarpolitik sind in der Bundesverfassung festgelegt. Demnach sorgt der Bund dafür, dass die Landwirtschaft mit einer nachhaltigen und auf den Markt ausgerichteten Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur sicheren Versorgung der Bevölkerung, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Pflege der Kulturlandschaft sowie zur dezentralen Besiedlung des Landes. Dies unterstreicht einerseits die Multifunktionalität der Landwirtschaft, bringt aber auch Zielkonflikte und Fragen mit sich. Bernard Lehmann, Direktor des Bundesamts für Landwirtschaft, Thomas Roffler, Präsident des Bündner Bauernverbands und Eugen Arpagaus, Leiter des Amts für Wirtschaft und Tourismus Graubünden diskutierten an einem Podium den Nutzen der Landwirtschaftspolitik für den Bergkanton. Moderiert wurde die Diskussion von Werner Hediger, Leiter des Zentrums für wirtschaftspolitische Forschung ZWF der HTW Chur.

Alle 3 Referenten hielten ein kurzes Einführungsreferat.

Herr Lehmann betonte, dass die Landwirtschaft grundsätzlich vom Staat abhängig ist, dies aber auch ein „Klumpenrisiko“ darstellen kann. Andererseits sieht er Landwirte aber auch als innovative Unternehmer.

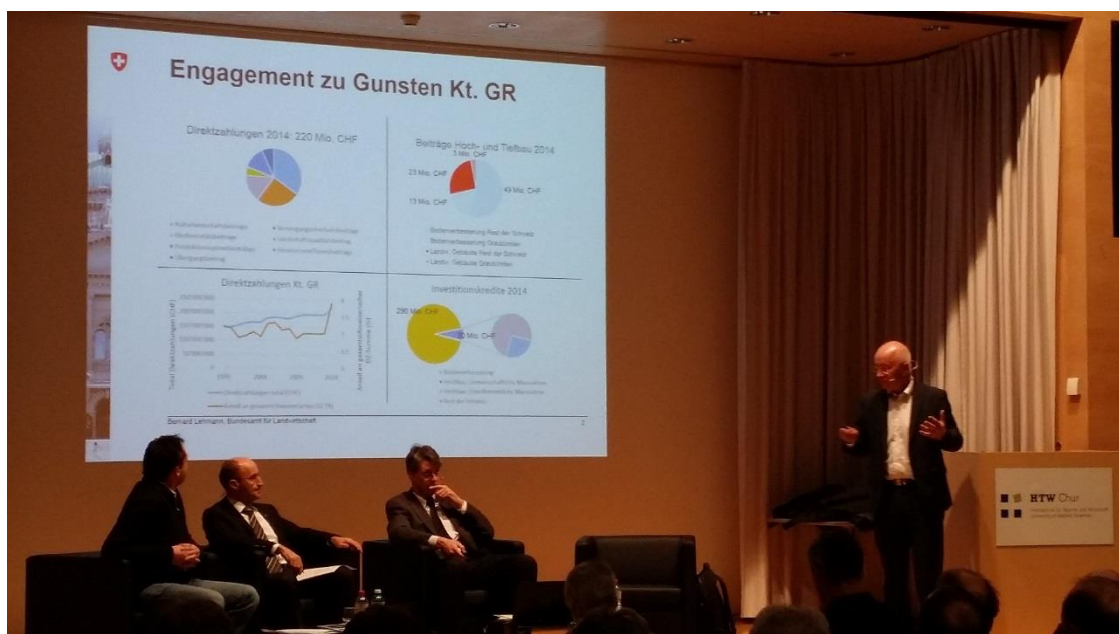


Abbildung 6: Referat von Bernard Lehmann, Direktor, Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)

Herr Roffler nannte als wichtigen Punkt die Landschaftspflege durch die Bauern, was auch dem Tourismus zugutekommt. Er betonte die Schwierigkeit der Multifunktionalität, da Land-

wirte abseits ihrer Kernaufgaben vermehrt zusätzliche Aufgaben, wie z.B. Vermarktung, erfüllen müssen. Wörtlich sagte er: „Viehwirtschaft bedeutet, dass Gras in hochwertiges Eiweiss umgewandelt wird.“ Ziel sei, die lokale Bevölkerung mit einheimischen Produkten zu versorgen.

Herr Arpagaus sieht grossen Chancen in Kooperationen zwischen der Landwirtschaft und dem Tourismus. Diese basieren auf einer Vertrauensbeziehung und können nicht per Gesetz verordnet werden.

Anschliessend folgte die Podiumsdiskussion zu drei Hauptthemen.

1. Versorgungssicherheit vs. Öffnung der Agrar- und Lebensmittelmärkte

Herr Lehmann erläuterte, das Ziel der Marktöffnung sei ein besseres Fließen der Ware. Das bedeutet z.B. dass sehr guter Käse aus Frankreich in die Schweiz importiert wird und im Gegenzug spezieller Schweizer Käse in die EU exportiert werden kann. Dies sollte über einen längeren Zeitraum in Einklang gebracht werden.

Herr Roffler sagte, dass eine hohe Qualität der landwirtschaftlichen Produkte Auswirkungen einer Marktöffnung abmildern kann, weil sich gute Qualität besser im Ausland verkaufen lässt. Auch er ist der Auffassung, dass eine Marktöffnung über eine längere Zeit und flankiert begleitet stattfinden muss.

Herr Arpagaus nannte eine besser organisierte Wertschöpfungskette bis hin zum Verkauf als sehr wichtig. Dies umfasst auch den Aufbau neuer Kommunikationskanäle mit Partnern.

2. Auswirkungen auf Bündner Regionalentwicklung

Herr Arpagaus argumentierte, dass Entwicklung im Kopf stattfindet, dies benötigt aber Zeit. Auf der anderen Seite seien Instrumente und finanzielle Mittel vorhanden, es muss aber ein Weg für die Umsetzung gefunden werden.

Herr Lehmann vertrat die Position, dass es Aufgabe und Ziel der Regionalentwicklung sei, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Dazu gehört auch, dass die Bürgerinnen und Bürger zahlungsfähig bleiben und dass die Mittel für das Ausrichten von Subventionen zuerst erwirtschaftet werden müssen. Wenn dies über den Verkauf von landwirtschaftlichen Waren zu einem adäquaten Preis im Ausland machbar ist, sollte dieser Weg unbedingt verfolgt werden.

Herr Roffler hielt dagegen, dass diese Entwicklung möglicherweise zu einer Zentralisierung führt. Die dezentrale Besiedlung ist aber ein Kernpunkt der Regionalentwicklung.

3. Einfluss der aktuellen Agrarpolitik auf Landwirte

Herr Roffler als Präsident des Bündner Bauernverbandes sieht eine Chance darin, dass Agrarwirtschaft bis in höchste Lagen betrieben werden kann. Auf der anderen Seite steht das Berufsbild der jungen Landwirte, die Teil der qualitativ hochstehenden Versorgung der Einwohner sein wollen. Daher stehen sie einem zu grossen Exportanteil bei einer Marktöffnung eher kritisch gegenüber.

Fazit: Allen Beteiligten ist klar, dass grosse Aufgaben auf sie zukommen, die sie im Rahmen der neuen Agrarpolitik in Angriff nehmen wollen. Trotzdem sind alle der Meinung, dass der Spagat zwischen Versorgungssicherheit, Marktöffnung und Regionalentwicklung zu meistern sein wird.

Seminar Alpenrhein

11. Wirtschaftspolitisches Seminar Alpenrhein:

« Migration, soziale Werte und institutioneller Wandel in Europa: Eine mikroökonomische Analyse» Dr. Andreas Nicklisch, ZFW, HTW Chur

HTW Chur, 3. November 2016, auf Einladung des Zentrums für wirtschaftspolitische Forschung (ZWF) und des Liechtenstein-Instituts

«Europa erlebt seit einigen Jahren einen stetigen Zustrom von Armuts- und Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Nahen Osten und dem nördlichen Afrika. Im Gepäck bringen diese neben fremden Sitten und Bräuchen auch fremde Werte, welche das Verhalten im täglichen Miteinander massgeblich mitbestimmen. Erschwerend ist, dass diese Werte durch die einschneidende Erfahrung von Kriegen, Konflikten und möglichen resultierenden Traumata beeinflusst werden. Da wir wissen, dass dieser Wertekanon von erheblicher Bedeutung für unseres Zusammenleben hat, ist er, ebenso wie die möglichen Reaktionen, die sich im Wertekanon der Heimatbevölkerung bilden, von fundamentaler Bedeutung für unsere Zukunft. Daher untersuchen wir in der vorgestellten Studie zentrale Elemente des Wertesystems und sozio-ökonomisches Verhaltens von Geflüchteten und vergleichen dieses mit den Werten der Bürger des Aufnahmelandes am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland.

Konkret analysieren wir den individuellen Grad des Altruismus, des Vertrauens, der Risikobereitschaft, der Reziprozität und der Ehrlichkeit Geflüchteter und der Heimatbevölkerung. Hierzu verwenden wir im Rahmen dieses Projekts quasi-interaktive ökonomische Spiele der Verhaltensökonomie und untersuchen Faktoren, welche bestimmte Ausprägungen des Wertekanons bei Flüchtlingen, aber auch bei der nationalen Bevölkerung treiben.

Durchgeführt wurden die Befragungen in grossen Flüchtlingsunterkünften im Hamburger Stadtgebiet und online mit Hamburger Bürgern und Studenten. Es zeigt sich, dass Flüchtlinge deutliche Unterschiede zu Deutschen im Hinblick auf Altruismus, Vertrauen und Risikobereitschaft haben. Speziell der Altruismus von Flüchtlingen ist viel weniger zielgerichtet und zugleich weniger stark ausgeprägt als bei Deutschen im vergleichbaren Alter. Weiterhin gibt es Evidenz dafür, dass eine mögliche bürgerkriegsbedingte und fluchtbedingte Traumatisierung einer bestimmten Ausprägung von Werten Vorschub leistet. Insbesondere steigert ein höherer Grad der Traumatisierung im Ursprungsland die Risikobereitschaft der beobachteten Flüchtlinge. Gleichzeitig sinkt die Bereitschaft, anderen Personen zu vertrauen mit einer fluchtbedingten Traumatisierung. Anders ausgedrückt, wer seine Flucht alleine und mit vielen Stationen durchlebt hat, vertraut keinem Fremden, auch nicht nach der Ankunft in Deutschland.

In einem letzten Schritt diskutieren wir die möglichen Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung des gemeinsamen Wertekanons in Deutschland. Dieser wird sich verändern. Beispielsweise ist davon auszugehen, dass der Altruismus gegenüber Fremden weniger zielgerichtet und generell kleiner wird. Dennoch zeigen die Ergebnisse der Studie auch Steuerungsmöglichkeiten der Veränderung. So ist zu vermuten, dass eine Aufarbeitung der fluchtbedingten Traumatisierung der Flüchtlinge ein Schlüssel zur Bildung von Vertrauen und mithin zur erfolgreichen Integration darstellt. Auch liegt die Vermutung nahe, dass eine Aufarbeitung der Traumatisierung im Ursprungsland die Risikobereitschaft der beobachteten Flüchtlinge senken kann und so zu einem harmonischeren Zusammenleben sorgen kann.»

Publikationen

- Barry, M.; **Baur, P.**; Gaudard, L.; **Giuliani, G.**; **Hediger, W.**; Schillinger, M.; Schumann, R. **Voegeli, G.**; Weigt, H. (2015): «The Future of Swiss Hydropower: A Review on Drivers and Uncertainties», 1. Forschungsbericht zum Nationalfondsprojekt «HP Future», HES-SO Wallis/Vaud, HTW Chur, Université de Genève, Universität Basel; September 2015; FoNEW Discussion Paper 2015/01, Forschungsstelle Nachhaltige Energie- und Wasserversorgung, Universität Basel.
- Baur, P.**; **Hediger, W.** (2016): «Wasserkraft, Energiewende und nachhaltige Entwicklung: Vielfältige Auswirkungen, schmerzhaftes Abwägen», Wissenplatz 2/2016, S. 22-23.
- Baur, P.**; **Hediger, W.**; Ketterer, L.; Siegrist, D.; Voll, F. (2016): «Wertschöpfungseffekte von Schweizer Pärken: Die Projekte ‚Prototyp Graubünden‘ und ‚Value_Nat_Cult Schweiz‘», N+L Inside, Ausgabe 1/16, S. 25-28.
- Engler, M.**; von Wyl, A. (2016): «Aging-Workforce – Das Potenzial erkennen und mobilisieren», metrobasel Studien, Basel, 2016.
- Engler, M.**; **Zöllner, S.** (2016): «Gesundheitsversorgung 2016 des Kantons Graubünden», Bericht im Auftrag des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit des Kantons Graubünden.
- Engler, M.**, Arbeitsgemeinschaft der Fondation CH2048 (2016): «Reformstossrichtungen für das Schweizer Steuer- und Transfersystem», Schlussbericht, Studie im Auftrag der Fondation CH2048.
- Engler, M.** (2016): «Stellungnahme zum Wirksamkeitsbericht des St. Galler Finanzausgleichs 2016», Gutachten im Auftrag der Gemeinden Vilters-Wangs und Wartau.
- Gaudard, L.; Romero, F.; **Voegeli, G.** (2016): «L'hydroélectricité en Suisse du début du XXème siècle jusqu'au virage énergétique», Revue Historique Vaudoise, tome 124, pp.207-220.
- Hediger, W.** (2016): «Regionale Biolandwirtschaft und Tourismuswirtschaft in Graubünden. Marktgerechte Nutzung von Synergiepotenzialen», Schlussbericht, HTW Chur.
- Hediger, W.** (2016): «Landschaft: Kapital und Lebensraum», Kolumne, Bündner Bauer 26/2016.
- Hediger, W.** (2016): «Markttöffnung als Chance», Kolumne, Bündner Bauer, Nov. 2016.
- Hediger, W.** (2016): «Markttöffnung als Chance für Strategien zur Produktdifferenzierung», Arena, Bauernzeitung, 25. November 2016.
- Hediger, W.**; **Voegeli, G.** (2016): «Sustainability Assessment of Swiss Hydropower: A Note on the State of the Art and Prospects for an Integrated Approach», Background Paper prepared for Arbeitsgruppe Energieforschung Alpen, Mountain Workshop, Bern, 9.-10.06.2016; Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF, HTW Chur.
- Kronthaler, F.** (2016), «Statistik angewandt – Datenanalyse ist (k)eine Kunst mit dem R Commander», Springer, Berlin Heidelberg.
- Kronthaler, F.** (2016), «Statistik angewandt – Datenanalyse ist (k)eine Kunst Excel Edition», Springer, Berlin Heidelberg.
- Lehmann, R.; Heinze, M.; Horrer, L.; **Zogg, K.** (2016): «Exportunternehmen setzen auf Swissness», Die Volkswirtschaft, Nr. 3, 2016.

Moser, P.,;Werner, M. (2016): «Einseitige Abschaffung der Industriezölle lohnt sich», Die Volkswirtschaft, Nr. 7, S. 45-47.

Moser, P. (2016): Die EU nach dem Brexit: Chance für die Schweiz, Neue Zürcher Zeitung, 13.10.2016.

Moser, P. (2016): Brexit schafft neue europapolitische Optionen für die Schweiz, oekonomenstimme 20.10.2016 (<http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2016/10/brexit-schafft-neue-europapolitische-optionen-fuer-die-schweiz/>)

Mörtenhuber, S.; **Nicklisch, A.**; Schnapp, K.-U. (2016): «What goes around, comes around: experimental evidence on exposed lies», Games 7(29), 1–14.

Nicklisch, A.; Grechenig, K.; Thöni, C. (2016): «Information-sensitive Leviathans», Journal of Public Economics 144, 1–13.

Voll, F.; Mosedale, J.; **Baur, P.** (2016): «Naturnahe Wege als touristische Infrastruktur: Wahrnehmung und Wertschöpfung», Bericht Nr. 0040416 der ITF Forschungsberichte / ITF Working Papers, Chur.

Vorträge, Präsentationen und Poster

- Engler, M.** (2016): «Aging-Workforce: Das Potenzial erkennen und mobilisieren, Einblicke in die aktuelle metrobasel-Studie», Basel Economic Forum, 18.11.2016, Basel
- Engler, M.** (2016): «Geldpolitik in ausserordentlichen Zeiten – Was kann sie noch bewirken?», HTW Uni für alle, 20.9.2016, Chur
- Engler, M.** (2016): «Erkenntnisse aus dem Einsatz von Langfristfinanzperspektiven im Gemeinwesen», Fachtagung des Schweizerischen Verbands für öffentliches Finanz- und Rechnungswesen, 2.9.2016, Bern
- Giuliani, G.** (2016): «Energie als Standortfaktor in den Berggebieten», Energieforschungsgespräche Disentis 2016, 28.1.2016, Disentis
- Hediger, W.** (2016): «The Future of Swiss Hydropower», Energy Research Days Disentis 2016, 29.1.2016, Disentis
- Hediger, W.** (2016): «Arbeitsgruppe Energieforschung Alpen», Mountain Workshop, 10.6.2016, Bern
- Hediger, W.** (2016): «The Corporate Social Responsibility of Hydropower Companies in Alpine Regions – A welfare-economic approach», 39th IAEE International Conference, 19-22.6.2016, Bergen (N)
- Hediger, W.** (2016): «The Corporate Social Responsibility of Hydropower Companies in Alpine Regions – A welfare-economic approach», Seminarvortrag, TH Deggendorf, 8.11.2016, Deggendorf (D)
- Hediger, W.** (2016): «SDG Implementation in a Federal System – The Case of Switzerland: A Regional Policy Perspective», RME Research Conference 2016, 9.11.2016, Krems (A)
- Kronthaler, F.** (2016): «Erfolg durch branchenübergreifende Geschäftsmodelle – Gesundheitstourismus», Leitung des Workshops Gesundheitstourismus, Tagung Geschäftsmodelle für eine erfolgreiche touristische Zukunft, 21.10.2016, Bern.
- Kronthaler, F.** (2016): «Welche Erwartungen haben Gäste von der Kirche – Ergebnisse einer Gästebefragung », Vortrag, Tagung Gelebte Gastfreundschaft – Kirche im Tourismus, 10.06.2016, Theologische Hochschule Chur.
- Moser, P.** (2016): Interview im Schweizer Radio am 26.4.2016: Textilbranche will sich selbst helfen und die Zölle abschaffen (<http://www.srf.ch/news/wirtschaft/textilbranche-will-sich-selbst-helfen-und-die-zoelle-abschaffen>)
- Nicklisch, A.** (2016): «Outcome fairness versus procedural fairness», Forschungsseminar des Departements für Volkswirtschaftslehre der University of Western England, 24.3.2016, Bristol
- Nicklisch, A.** (2016): «Advisory is a school of wisdom? Experimental evidence on cooperative protection against stochastic losses», Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, 7.9.2016, Augsburg
- Nicklisch, A.** (2016): «Redistribution and Production under Minimum Income Constrain», World meeting of the Economic Science Association, 8.7.2016, Jerusalem
- Nicklisch, A.** (2016): «Migration, soziale Werte und institutioneller Wandel in Europa: Eine mikroökonomische Analyse», Movement of People Konferenz, 10.10.2016, Hamburg

- Tromm, P.** (2016): «Entstehung und der Aufbau einer nachhaltigen Tourismus-Ausbildung in Shanghai», 3rd RME Responsible Management Education Research Conference, November 2016, Krems, Österreich.
- Voegeli, G.** (2016): Presentation of the «Framework for Decision Making Process in Granting Water Rights to Use Hydropower in the European Context», 39th IAEE International Conference, 19-22.6.2016, Bergen (N)
- Voegeli, G.; Hediger, W.** (2016): «Concession Renewal», Poster, SCCER-SoE Annual Conference 2016, 12.9.2016, Sion (2nd best poster award).
- Voegeli, G.** (2016): «Prospection for new collaboration with the Environmental Policy Group», 03.10.2016, Research presentation at the Imperial College, London, UK.
- Voegeli, G.** (2016): Participation at the SCCER Supply of Electricity PhD School – Hydropower studies, 18.10. – 21.10.2016, Leukerbad.
- Voegeli, G.** (2016): Presentation of Research results at the 2nd Workshop of the NRP70 HP Future project, 28.10.2016, Neuchatel.
- Voegeli, G.** (2016): Intervention in Master degree «Hydropower, Institutions and Sustainability», 1 hour, EPFL, 09.11.2016, Lausanne.
- Voegeli, G.** (2016): Intervention in Master degree «Introduction to data gathering methods in social sciences in an interdisciplinary frame», 1 hour, EPFL, 23.11.2016, Lausanne.
- Voegeli, G.; Hediger, W.** (2016): «The Future of Swiss Hydropower: Sustainability Assessment», Poster, SCCER-SoE Annual Conference 2016, 12.9.2016, Sion
- Zöllner, S.** (2016): «Cross-clustering in Davos: theoretical and empirical considerations to use synergies between tourism and health», Presentation at the Regional Studies Association Annual Research Conference, 04.04.2017, Karl-Franzens Universität Graz, Österreich.
- Zöllner, S.** (2016): «Principles of Responsible Management Education», Präsentationen an der Einführungswoche Betriebsökonomie an der HTW Chur, 12. – 14.09.2016, HTW Chur.

Förderkreis für Wirtschaftspolitik

Der Förderkreis Wirtschaftspolitik verfolgt den Zweck, die wirtschaftspolitisch orientierte Forschung an Fachhochschulen zu fördern, um den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaftspolitik zu unterstützen. So unterstützt der Förderkreis Wirtschaftspolitik bisher regelmässig den jährlich vom ZWF an der HTW durchgeführten Gesprächskreis zur Wirtschaftspolitik, zu dem insbesondere die Förderkreismitglieder eingeladen werden. Zudem erhalten sie regelmässig Informationen über die Aktivitäten des ZWF und werden zu unseren Anlässen eingeladen.

Dem Förderkreis Wirtschaftspolitik gehören gut 30 Persönlichkeiten oder Institutionen an, die in der regionalen oder nationalen Wirtschaftspolitik engagiert sind oder sich dafür interessieren.

Kontakt: Werner Hediger, Peter Moser (Vorstandsmitglieder)

Kontakt

Zentrumsleitung



Werner Hediger

Prof. Dr. oec. publ., PD

Leiter ZWF

Tel. +41 (0)81 286 37 33

werner.hediger@htwchur.ch



Franz Kronthaler

Prof. Dr. rer. pol.

Stv. Leiter ZWF

Tel. +41 (0)81 286 39 92

franz.kronthaler@htwchur.ch

Postadresse

HTW Chur
Hochschule für Technik und Wirtschaft
Zentrum für wirtschaftspolitische For-schung
Comercialstrasse 22
CH-7000 Chur

Telefon +41 (0)81 286 24 24

Telefax +41 (0)81 286 24 00

zwf@htwchur.ch

www.htwchur.ch/zwf

Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF

HTW Chur

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Comercialstrasse 22

7000 Chur

Schweiz

Telefon +41 81 286 24 24

E-Mail zwf@htwchur.ch

www.htwchur.ch/zwf

Unsere Partner:

Förderkreis Wirtschaftspolitik



**Graubündner
Kantonalbank**

PRME Principles for Responsible
Management Education
an initiative of the United Nations Global Compact
Champions Group


EFQM
Recognised for Excellence
4 star - 2016

